

Trump vs. Biden – Ein Faktencheck vor der Wahl

Das komplexe Wahlsystem der USA erschwert eine Prognose des Siegers der Präsidentschaftswahlen am 3. November 2020. Denn gewählt wird der Präsident von den US-Bürgern nur indirekt über Wahlmänner und -frauen. Aus Sicht der Chefvolkswirte der Sparkassen-Finanzgruppe ist wenige Tage vor der Wahl gerade auch mit Blick auf Europa wirtschaftspolitisch hervorzuheben:

2. November 2020

- Die Positionen in der Wirtschaftspolitik könnten kaum unterschiedlicher sein. Während Joe Biden stark auf staatliche Investitionen sowie einen Ausbau des in den USA eher rudimentären Sozialstaats setzt und hierzu die Steuerreform Trumps teilweise zurückdrehen möchte, will Donald Trump seinem 2017 eingeleiteten wirtschaftspolitischen Kurs treu bleiben. Im Ergebnis könnten beide Politikansätze zu einer deutlich höheren staatlichen Verschuldung und damit zu Gefahren für die weltweite Finanzmarktstabilität führen.
- In der Handelspolitik zeichnet sich unabhängig vom Wahlausgang kein grundlegender Kurswechsel ab. Beide Wahlprogramme zeigen protektionistische Züge. Bidens Außenhandelspolitik sollte berechenbarer sein. Biden verfügt über außenpolitische Erfahrung und weiß um die elementare Bedeutung des transatlantischen Bündnisses und guter Beziehungen zu asiatisch-pazifischen Staaten für die USA. Er dürfte eher versuchen, konsensfähige Lösungen auch in Handelsfragen zu suchen.

Autoren

Uwe Burkert – LBBW
Uwe Dürkop – Berliner Sparkasse
Jochen Intelmann – Haspa
Dr. Ulrich Kater – DekaBank
Christian Lips – NORD/LB
Dr. Jürgen Michels – BayernLB
Dr. Reinhold Rickes – DSGV
Dr. Gertrud Traud – Helaba
Prof. Dr. Carsten Wesselmann –
Kreissparkasse Köln

Koordinator:

Dr. Holger Schulz
holger.schulz@dsgv.de

Das Wahlsystem in den USA: Warum ein Kandidat ohne Mehrheit der Wähler US-Präsident werden kann

Die US-Bürgerinnen und US-Bürger geben in diesem Jahr am 3. November die Stimme für ihren Präsidenten ab. Allerdings erfolgt dies indirekt, da die an der Wahl teilnehmende Bevölkerung „nur“ die Wahlmänner und -frauen des jeweiligen Bundesstaats wählt, aus denen sich dann das sogenannte Electoral College aus 538 Mitgliedern ergibt. Dieses Wahlkollegium wählt dann 41 Tage später, jeweils am Montag nach dem zweiten Mittwoch im Dezember nach der Wahl, den Präsidenten und den Vizepräsidenten. In diesem Jahr erfolgt dies am 14. Dezember. Die Stimmenausschüttung wird dann am 6. Januar 2021 im Rahmen einer gemeinsamen Sitzung von Senat und Repräsentantenhaus, dem sogenannten US-Kongress, vorgenommen. Die Amtseinführung erfolgt seit 1937 traditionell am 20. Januar nach der Wahl. Dann darf der neue Präsident oder die neue Präsidentin das Weiße Haus beziehen.

Streng genommen steht damit erst am Tag der Heiligen Drei Könige fest, wer die Wahl gewonnen hat. Bisher lagen bereits in der Wahlnacht die Auszählungsergebnisse für die 50 Bundesstaaten sowie Bundesdistrikte vor. Dieses Mal könnte das Wahlergebnis aber etwas länger in der Schwebe bleiben. Denn durch die Corona-Pandemie wird der Anteil der Briefwähler außergewöhnlich hoch ausfallen. Deren Auszählung braucht Zeit und so kann das Ergebnis der Stimmen aus den Wahlurnen diesmal sehr deutlich vom Endergebnis abweichen. Erst nach Auszählung der Briefwahlstimmen ist aber die Zusammensetzung des Electoral College bekannt und es steht fest, wer zum Präsidenten und Vizepräsidenten erkoren wird. Das System des Electoral Vote bringt einige Besonderheiten mit sich. So ist keinesfalls gesagt, dass der Kandidat mit den meisten Wählerstimmen aus der US-Bevölkerung die meisten Wahlleute hinter sich vereinen kann. Das beste Beispiel dafür ist die Präsidentschaftswahl im Jahr 2016. Hillary Clinton hatte bei dieser Wahl knapp 3 Mio. Stimmen mehr erhalten als Donald Trump, dennoch ging Trump als Sieger aus der Wahl hervor, weil für ihn 304 Wahlmänner votierten und für die Herausforderin nur 227. Auch George W. Bush erhielt im Jahr 2000 weniger Wählerstimmen als sein damaliger demokratischer Herausforderer Al Gore. Die Mehrheit der Wahlleute votierte allerdings für den Republikaner Bush. Er siegte knapp mit 271 zu 266 Stimmen.

Aktuelle Umfragen lassen erkennen, dass Joe Biden in der Gunst der US-Bürger vorne liegt. Ob es jedoch für den Wahlsieg reicht, bleibt vor dem Hintergrund des zuvor dargestellten Sachverhaltes abzuwarten, zumal es eine weitere Besonderheit des US-Wahlsystems gibt, die auch in diesem Wahlkampf für Spannung sorgen könnte. Ein Kandidat braucht mindestens 270 Stimmen vom Electoral College, um zum Präsidenten bzw. Vizepräsidenten gewählt zu werden. Da die Mitglieder des Wahlkollegiums zumindest teilweise nicht an das Votum der US-Bürger gebunden sind, bedeutet eine knappe Mehrheit von Wahlleuten nicht

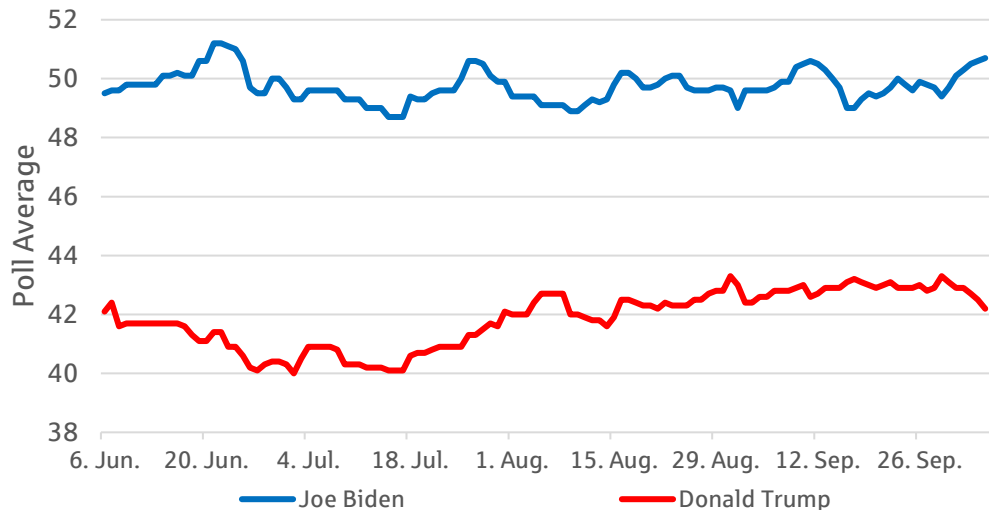
US-Bürgerinnen und Bürger wählen nur indirekt den Präsidenten

Kandidat mit den meisten Wählerstimmen aus der US-Bevölkerung muss nicht die meisten Wahlleute hinter sich vereinen

Mitglieder des Electoral College sind z. T. nicht an das Votum der US-Bürger gebunden

zwangsläufig, dass der Sieger nach Auszählung aller Stimmen feststeht. Ein Umstand, der auch im Ausgang der Präsidentschaftswahl 2016 maßgeblich war. So hatten bereits im Vorfeld der Wahl einige Mitglieder des Electoral College angekündigt, nicht für den Kandidaten zu stimmen, für den sie von Seiten der US-Bevölkerung nominiert wurden.

Umfrageergebnisse zu den Präsidentschaftswahlen am 03.11.20
(Durchschnittswert der Umfragen)



Quelle: RealClearPolitics:

Um abschätzen zu können, wer bei der Wahl am 3. November als Gewinner aus dem Wahlkampf hervorgeht, bedarf es also eines Überblicks über die Zusammensetzung des Electoral College. Die Anzahl der Wahlmänner und -frauen des jeweiligen Bundesstaats bzw. Bundesdistriktes in diesem Wahlkollegium richtet sich nach der Anzahl der Abgeordneten im US-Kongress, bestehend aus dem Senat und dem Repräsentantenhaus. Da jeder Bundesstaat unabhängig von seiner Größe mit zwei Senatoren im Kongress vertreten ist, darf jeder Staat über diese Zuteilung schon einmal zwei Wahlfrauen oder -männer ins Electoral College entsenden. Hinzu kommen die Wahlleute über das Repräsentantenhaus.

Zusammensetzung des Wahlkollegiums repräsentiert nicht die exakte Bevölkerungsverteilung

Die Anzahl der Vertreter im Repräsentantenhaus eines Bundesstaates hängt von der jeweiligen Bevölkerungszahl ab, die durch eine Volkszählung ermittelt wird. Die letzte Zählung fand 2010 statt. Der bevölkerungsreichste Bundesstaat Kalifornien entsendet z. B. 55 Wahlmänner und -frauen (zwei über den Senat und 53 über das Repräsentantenhaus), gefolgt von Texas mit 38 Mitgliedern (zwei Senatoren, 36 Representatives) des Electoral College. Kleine Bundesstaaten wie z. B. North Dakota oder Wyoming stellen nur drei Wahlmänner und -frauen (zwei über den Senat, eine Person über das Repräsentantenhaus). Auch Washington D. C. – obwohl kein Bundesstaat – entsendet drei Wahlmänner. Damit repräsentiert die Zusammensetzung des Wahlkollegiums nicht die

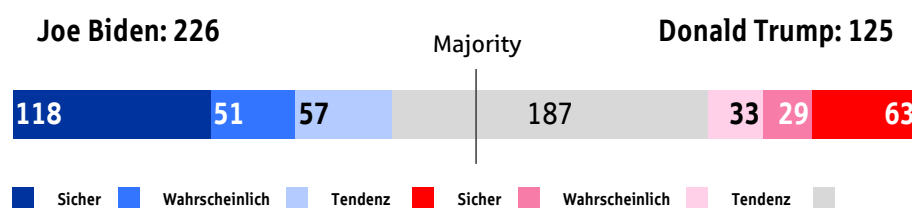
exakte Bevölkerungsverteilung. Kleine Staaten sind überdurchschnittlich vertreten.

In fast allen Bundesstaaten gilt das Prinzip „the winner takes it all“. Danach bekommt der Kandidat mit den meisten Stimmen in einem Bundesstaat alle Stimmen der Wahlmänner und –frauen des jeweiligen Bundesstaates. Ausnahmen bilden hier die Staaten Maine und Nebraska, die vier bzw. fünf Stimmen im Wahlkolleg haben. Jeweils zwei Wahlleute werden in diesen Bundesstaaten nach dem Prinzip „the winner takes it all“ und die verbleibenden zwei bzw. drei Wahlmänner oder –frauen werden wie bei den Wahlen zum Repräsentantenhaus vergeben.

The winner takes it all!

Besondere Aufmerksamkeit genießen die sogenannten Swing-States. In diesen „schwankenden Staaten“ (aktuell 13) haben weder die Demokraten noch die Republikaner strukturell eine klare Mehrheit. Oft lässt sich an der Sitzverteilung im US-Senat erkennen, ob es sich um einen Swing-State handelt oder nicht. US-Bundesstaaten, die eine Republikanerin/einen Republikaner und eine Demokratin/einen Demokraten in den Senat schicken, zählen tendenziell eher zu den Swing-States. Dazu zählen aktuell unter anderem Florida, Pennsylvania und Wisconsin. Für den Wahlausgang können sie letztlich den Ausschlag geben, weshalb diese Bundesstaaten im Wahlkampf besonders umkämpft sind. Dies gilt auch für die anstehende Wahl. 226 Mitglieder des Electoral College werden sich vermutlich für Biden entscheiden und 125 tendenziell eher für Trump. Bei 187 Wahlleuten ist jedoch noch nicht absehbar, ob sie sich für Biden oder Trump aussprechen. Die aktuellen Umfragen zeigen, dass Biden einen Vorsprung bei den Swing-States hat, wobei in einigen dieser Bundesstaaten die Mehrheit allerdings recht knapp ist. Die nachfolgende Übersicht verschafft einen Überblick über die sich aktuell abzeichnende Zusammensetzung des Electoral College (Stand: 05.10.2020).

In Swing-States haben beide großen Parteien eine gute Chance auf den Wahlsieg



Quelle: RealClearPolitics:

Das komplexe US-Wahlsystem und die damit verbundenen Besonderheiten deuten an, dass der Wahlausgang am 3. November 2020 alles andere als sicher ist. Hinzu kommt die stark polarisierende Art von Amtsinhaber Donald Trump. Vor dem Hintergrund der Covid-19-Pandemie wird in vielen US-Bundesstaaten die Briefwahl als Möglichkeit einer sicheren Wahldurchführung angesehen. Donald Trump hat sich hingegen mehrfach gegen die Briefwahl ausgesprochen, da er Wahlmanipulationen befürchtet, z. B. durch Nichtberücksichtigung der per Post abgegebenen Stimmen oder weil US-Bürger Briefwahlunterlagen von toten Personen

Streit um Briefwahl in den USA

beantragen und dann damit wählen. Um eine großflächige Abstimmung per Brief zu verhindern, brachte Trump sogar schon eine Verschiebung der Wahl auf einen Termin nach der Pandemie ins Spiel. Viele US-Bürger haben jedoch bereits ihre Stimmen auf dem postalischen Weg abgegeben, und zwar mehr US-Bürger und US-Bürgerinnen als bei den Präsidentschaftswahlen zuvor.

Zweifel daran, dass die Wahlunterlagen rechtzeitig zugestellt werden können, um alle Stimmen bis zum 3. November auszuzählen, wurden mehrfach von Seiten des Chefs der US-Post, Louis DeJoy, geschürt. DeJoy, der vor seiner Ernennung Präsident Donald Trump und dessen Republikaner mit Spenden in Millionenhöhe unterstützt hatte, begründete dies mit notwendigen Umbaumaßnahmen und Kürzungen, um die wirtschaftlich stark angeschlagene US-Post wieder auf Kurs zu bringen. Um die Vorwürfe aus der Welt zu schaffen, dass die US-Post keine reibungslose Briefwahl gewährleisten kann, hat DeJoy jedoch mittlerweile eingelenkt und angekündigt, sämtliche Umstrukturierungen und Kürzungen bis nach der Präsidentschaftswahl auszusetzen. Auch einige republikanische Parteikollegen von Trump haben zuletzt die Forderungen nach einer Verschiebung der Wahl und Einschränkung der Briefwahl zurückgewiesen. Ohnehin sieht die US-Verfassung eine Verschiebung der Wahl nicht vor. Darin heißt es, dass die Senatoren und Abgeordneten am 3. Januar und der Präsident am 20. Januar zu vereidigen sind.

Auch wenn die bis dato gesammelten Erfahrungen keine Hinweise liefern, dass Briefwahl die Wahlergebnisse verfälscht und Donald Trump selbst wiederholt per Briefwahl abgestimmt hat, ist nicht auszuschließen, dass der amtierende Präsident im Fall einer Niederlage mit dem Verweis auf potenziellen Wahlbetrug den Ausgang der Wahl nicht anerkennt. In diesem Fall kommt dem Supreme Court (Oberster Gerichtshof der Vereinigten Staaten) vermutlich eine entscheidende Rolle zu, der letztinstanzlich darüber entscheiden könnte, wie mit den Einwänden von Donald Trump umzugehen ist. Schon einmal hat der Supreme Court mit seiner Entscheidung den Wahlsieg eines republikanischen Kandidaten offiziell erklärt. 2000 war es George W. Bush, der davon profitierte, dass der auch damals mehrheitlich republikanisch besetzte Supreme Court eine erneute Nachzählung der Stimmen in bestimmten Wahlkreisen Floridas verboten hat, obwohl Zweifel an einer korrekten Stimmauszählung vorlagen. George W. Bush hatte in der Folge die Präsidentschaftswahl mit einer bis heute umstrittenen Differenz von 537 Stimmen in Florida gewonnen und erhielt so alle 25 damaligen Stimmen Floridas im Wahlmännergremium.

Nicht zuletzt in diesem Kontext ist es auf breite Kritik gestoßen, dass Donald Trump noch vor der Wahl am 3. November im Schnellverfahren die als ultrakonservativ geltende Richterin Amy Coney Barrett im Amt installiert hat. Sie nimmt den nach dem Tod der Justiz-Ikone Ruth Bader

*Verschiebung der Wahl und
Einschränkung der Briefwahl wenig
wahrscheinlich*

*Der Supreme Court und die
US-Wahl*

*Ernennung von Amy Coney Barrett
zementiert konservative Mehrheit
im Supreme Court*

Ginsburg vakant gewordenen Platz am Supreme Court ein. Trump konnte damit die konservative Mehrheit am obersten US-Gericht zementieren. Mit Barrett verfügen die Konservativen nun über sechs Stimmen und die Liberalen nur noch über 3 Stimmen im Supreme Court. Es ist zu erwarten, dass die US-Politik dadurch einen Rechtsdruck erfährt. So dürften die Republikaner zukünftig wiederholt versuchen, Gesetze und Verordnungen einer liberalen Regierung vor dem Supreme Court zu Fall zu bringen. Liberale und gemäßigt konservative Regierungschefs sollten es zukünftig demnach schwerer haben. Maßgeblich für den jetzt anstehenden Präsidentschafts-Wahlausgang wäre das oberste US-Gericht aber wohl nur für den Fall dünner Mehrheitsverhältnisse eines Kandidaten. Dann könnte der Ausgang der Wahl per Gerichtsbeschluss bestimmt werden, wobei die Mehrheit der Mitglieder des Supreme Court republikanisch eingestellt ist.

Unabhängig davon, wer die Wahl gewinnt, wird sich der Gewinner jedoch dem anderen politischen Lager annähern müssen, um politisch etwas erreichen zu können. Der Umfang der Spielräume für die Umsetzung der Wahlprogramme der beiden Präsidentschaftskandidaten hängt von den Mehrheitsverhältnissen im Kongress ab. Kongresswahlen finden in jedem geraden Jahr am Dienstag nach dem 1. November statt. Also wird am 3. November nicht nur der Präsident gewählt, sondern auch der Kongress. Zur Wahl stehen alle Sitze im Repräsentantenhaus und ein Drittel der Sitze im Senat. Aktuell haben die Republikaner im Senat die Mehrheit. Sie dominieren den Senat mit 53 Sitzen, die Demokraten haben 45 Sitze zuzüglich zwei Unabhängigen (Bernie Sanders, Vermont, und Angus King, Maine), die der Fraktion der Demokraten angehören.

Blaue Wand, rote Welle oder gesplitteter Kongress?

Aktuelle Wahlumfragen weisen darauf hin, dass die Demokraten eine Chance auf eine hauchdünne Mehrheit im Senat haben. Für die 60-Stimmen-Mehrheit, die notwendig ist, damit die Republikaner nicht mehr das Mittel des sogenannten "Filibuster" anwenden können, reicht es aber wohl nicht. Das Filibuster wurde 1806 im US-Senat eingeführt und sollte sicherstellen, dass auch Minderheiten vor der Verabschiedung wichtiger Gesetze angemessen gehört werden. Entsprechend dieser Regel ist ein US-Senator berechtigt, das Wort zu ergreifen und ohne jegliche Zeitlimits zu reden. Erst wenn der jeweilige Senator der Meinung ist, dass alles gesagt ist, gehen die Beratungen weiter. In der jüngsten Zeit wurde das Filibuster oft als Taktik einer Minderheit missbraucht, durch Dauerreden oder durch die bloße Androhung von Dauerreden eine Beschlussfassung durch die Mehrheit zu verhindern oder zu verzögern. Eindeutiger kristallisieren sich aktuell die Mehrheitsverhältnisse im Repräsentantenhaus heraus. Es ist sehr wahrscheinlich, dass die Demokraten dort die Mehrheit behalten. Vorstellbar sind vor diesem Hintergrund bei der Wahl am 3. November alle Konstellationen: Eine „blaue Welle“ (demokratischer Präsident und Kongress), eine „rote

Wand“ (republikanischer Präsident und Kongress), Joe Biden als Präsident oder Donald Trump als Präsident jeweils mit einem gespaltenen Kongress (unterschiedliche Mehrheitsverhältnisse im Repräsentantenhaus und im Senat). Die blaue Welle scheint uns aktuell mit einer Eintrittswahrscheinlichkeit von rund 30 % das wahrscheinlichste Szenario, die rote Wand mit rund 5 % der am wenigsten wahrscheinlichste Wahlausgang. Das Risiko eines gespaltenen Kongresses, der mit einer Blockadehaltung und einem Stillstand bei zentralen gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Fragestellungen einhergehen könnte, bleibt damit ebenfalls ein durchaus realistisches Szenario.

Biden wird Präsident	gespaltenen Kongress	demokratischer Senat/ republikanisches Repräsentantenhaus	unwahrscheinlich
		republikanischer Senat/ demokratisches Repräsentantenhaus	25 %
	republikanischer Kongress		Unwahrscheinlich
	demokratischer Kongress		30 %
Trump wird Präsident	republikanischer Kongress		5 %
	demokratischer Kongress		15 %
	gespaltenen Kongress	demokratischer Senat/ republikanisches Repräsentantenhaus	unwahrscheinlich
		republikanischer Senat/ demokratisches Repräsentantenhaus	20 %

Quelle: Deka Investment, Stand 28.09.2020, Abweichung von 100 % durch Auswahl der wahrscheinlichsten Szenarien

Die beiden Protagonisten Trump und Biden

Der Wahlausgang bleibt also spannend und dürfte noch lange für Gesprächsstoff sorgen, genauso wie die beiden Präsidentschaftskandidaten selbst, die unterschiedlicher nicht sein könnten. Biden gilt als Mann der politischen Mitte und steht für eine Fortsetzung der Obama-Politik. Um die Demokraten hinter dem selbsterklärten Sozialisten Bernie Sanders auch für sich zu gewinnen, hat er jedoch bereits mehrfach angemerkt, dass er den linken, progressiven Flügel der Partei verstanden hat. Biden schlägt so eine Brücke zu einer progressiveren Politik, obwohl er selbst nicht sehr links ist. Trump verfolgt hingegen einen rechtskonservativ-nationalistischen bis hin zu einem national-populistischen Kurs entsprechend seines Leitspruchs „America first“.

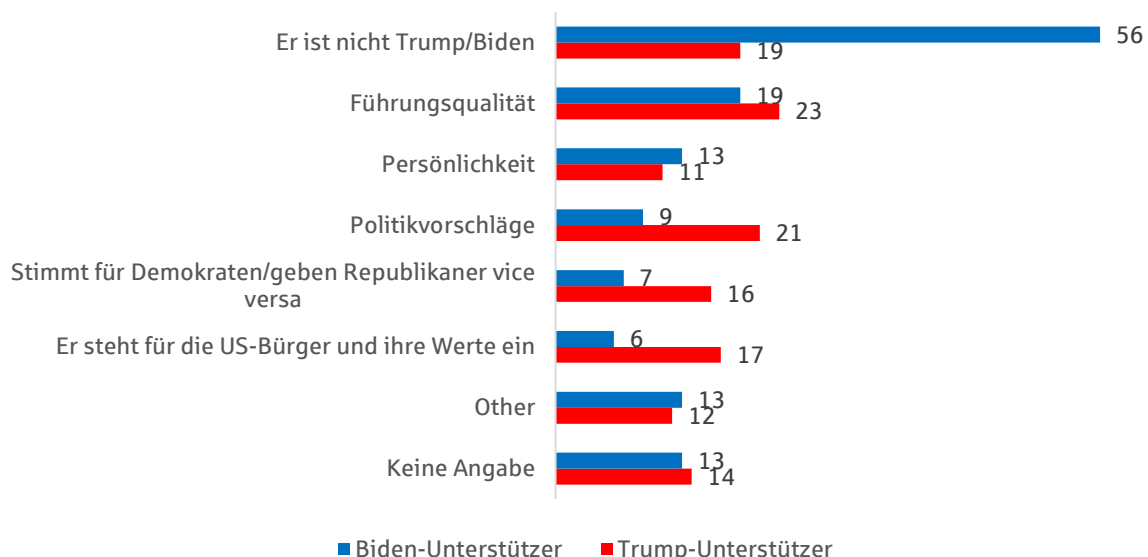
So unterschiedlich die Personen, so verschieden die Wahrnehmung der beiden Kandidaten in der US-Bevölkerung. Der 1942 in Scranton (Pennsylvania) geborene Joe Biden war 36 Jahre lang US-Senator für den Staat Delaware und unter Präsident Barack Obama von 2009 bis 2017 US-Vizepräsident. In diesen acht Jahren ist er kaum aufgefallen

Unterschiedlicher könnten die Persönlichkeiten der beiden Kandidaten nicht sein

Bidens großer Pluspunkt ist sein Kontrahent

und stand zumeist im Schatten von Obama. Entsprechend wird er in der Bevölkerung als wenig charismatischer Politiker wahrgenommen und ihm wird vorgeworfen, dass er keine Vision vermittelt und bei den US-Bürgern keine Aufbruchstimmung initiiert. Donald Trump bezeichnet ihn daher als Langweiler, als „Sleepy Joe“. Auch wenn er viele Unterstützer bei den Arbeitern und den Gewerkschaften findet, ist es vor allem sein Kontrahent Trump, der die Anhänger von Biden mobilisiert. In einer Ende Juli/Anfang August 2020 durchgeführten Umfrage des Pew Research Centers gaben 56 % der befragten Biden-Befürworter an, dass sie den Demokraten unterstützen, weil er nicht Trump ist. Weit abgeschlagen folgten andere Gründe wie seine Führungsqualitäten (19 %), seine Persönlichkeit (13 %) und seine Politikvorschläge (9 %). Es ist also vor allem die Ablehnung Trumps, die die Anhänger der Demokraten mobilisiert und nicht sein politisches Programm.

Warum US-Wähler ihren Kandidaten unterstützen (Angaben in %, Mehrfachnennungen möglich)



Quelle: Pew Research Center: August, 2020, „Election 2020: Voters Are Highly Engaged, but Nearly Half Expect To Have Difficulties Voting“

Trump-Wähler lehnen den demokratischen Herausforderer deutlich weniger stark ab. Der 1946 in Queens (New York) geborene 45. Präsident der Vereinigten Staaten gilt für viele als Selfmade-Millionär und ist Inhaber des Mischkonzerns Trump Organization und leitete ihn von 1971 bis 2017 als CEO. Bekannt geworden ist er vor allem durch seine Reality-Show „The Apprentice“, die von 2004 bis 2015 ausgestrahlt wurde. Sein politisches Programm ist als eklektisch und veränderlich zu bezeichnen und enthält verschiedene Elemente des Isolationismus, Protektionismus, Liberalismus und Populismus. Mit seinem zuweilen einfachen Sprachstil, angereichert um provokante Äußerungen sowie radikale Vorschläge und seinen Verstößen gegen viele politische Traditionen und Konventionen machte sich Trump in den vergangenen

Trump ist aufgrund seiner polarisierenden Art auch parteiintern umstritten

Jahren zum „Reibbaum“ der Gesellschaft sowie Politik und ist auch parteiintern umstritten.

Trump vs. Biden – unter wem läuft die Wirtschaft besser?

Im aktuellen Wahlkampf stehen Sachthemen nicht im Fokus, obwohl sich der wirtschaftspolitische Kurs der beiden Präsidentschaftskandidaten teils fundamental unterscheidet und somit ausreichend Diskussionsstoff liefert. Während von Seiten der Demokraten ein umfangreiches Wahlprogramm vorgelegt wurde und von der Biden-Kampagne laufend weitere Papiere zu einzelnen Politikbereichen präsentiert werden, verzichten die Republikaner auf eine Wahlplattform und übernehmen das Wahlprogramm von 2016 nahezu eins zu eins. Auch Präsident Trump ist bis dato ein belastbares Konzept für seine zweite Amtszeit schuldig geblieben. Es deutet sich an, dass der Präsident sein eklektisches Programm im Fall einer Wiederwahl fortsetzen wird. In der Resolution über die Plattform der Republikanischen Partei ist zu lesen, dass die Partei die „America-First-Agenda des Präsidenten mit Begeisterung unterstützt und weiterhin unterstützen wird.“ Eine klare wirtschaftspolitische Strategie ist nicht zu erkennen, aber eins scheint sicher: In vielen Punkten würde Joe Biden deutlich anders vorgehen als der amtierende Präsident.

Die wohl größten Unterschiede zwischen den beiden Präsidentschaftsanwärttern gibt es in Bezug auf die Umwelt- und Klimapolitik. Donald Trump hat mit dem Ausstieg der USA aus dem Pariser Klimaabkommen ein klares Statement gesetzt. Trump und seine Gefolgschaft lehnen ein größeres Engagement in Richtung Klimaschutz ab. Vor allem internationale Verpflichtungen mit bindender Wirkung für die USA werden abgelehnt. Zwar setzen sich die Republikaner für die Schaffung von Anreizen zur Entwicklung neuer umweltfreundlicher Technologien ein, wie diese aussehen können, wird jedoch nicht konkretisiert. Es ist nicht erkennbar, dass Trump seine Einstellung zu diesem Thema ändern wird, obwohl die USA als zweitgrößter Emittent von Treibhausgasen maßgeblich die globale Erderwärmung vorantreibt. Unter seiner Regentschaft ist nicht davon auszugehen, dass der Klimaschutz als globales öffentliches Gut Anerkennung findet, da seine Politik

1. durch geringe nationale Klimaschutzambitionen
2. durch eine Ablehnung internationaler Klimaschutzverpflichtungen und
3. durch eine Förderung des Abbaus sowie der globalen Vermarktung fossiler Energieträger

gekennzeichnet ist.

Joe Biden und die Demokratische Partei bekennen sich hingegen klar zum Klimaschutz und sprechen sich für einen Wiederbeitritt zum Pariser Klimaabkommen aus. Bidens Ziel ist es, die US-Stromversorgung bis

Die politischen Ideen der beiden Kandidaten unterscheiden sich deutlich

Klimawandel spielt in Trumps Politik keine Rolle

Biden will entschieden gegen Klimawandel vorgehen

2035 CO₂-neutral zu organisieren und die USA bis 2050 netto-emissionsfrei aufzustellen. Erreicht werden soll dies durch Innovationsförderung, Investitionen und das Setzen von Standards. Sein Klimaschutzplan bleibt jedoch hinter der auch von Bernie Sanders vorgeschlagenen Idee des „Green New Deal“ zurück. Zurückhaltend zeigt sich Biden auch hinsichtlich marktbasierter Instrumente, die über Preissignale für einen kosteneffizienten Klimaschutz sorgen könnten. So fordert der Präsidentschaftskandidat z. B. keine expliziten Preissignale für Emissionen über eine CO₂-Steuer oder einen Emissionshandel ein. Es bleibt damit vermutlich bei dem im internationalen Vergleich sehr niedrigen CO₂-Preis, der über implizite Maßnahmen wie z. B. die Kraftstoffsteuer erwirkt wird.

Neben dem beabsichtigten Beitritt zum Pariser Klimaabkommen könnte die von Biden erhobene Forderung nach einer Grenzausgleichsabgabe, die jene Länder zahlen sollen, die die Verpflichtungen des Pariser Abkommens nicht erfüllen, für eine neue Dynamik bei der internationalen Klimapolitik sorgen. Des Beigeschmacks, dass diese Forderung den Charakter einer zollähnlichen Schutzmaßnahme hat, kann man sich vor allem unter Berücksichtigung der vergleichsweise niedrigen CO₂-Bepreisung nicht erwehren. Ungeachtet dessen bleibt zu konstatieren, dass die Klimapolitik von Biden konformer mit verbindlichen, globalen Standards und international konsensorientierter ist als die von Trump. Sie wird jedoch nicht umsonst zu haben sein. Die geforderten Maßnahmen zu Einsparungen bei Strom und Wärmeenergie werden in erster Linie die privaten Haushalte und Unternehmen über höhere Steuern und/oder Preise zu tragen haben. Und auch das von Biden in Aussicht gestellte Investitionsprogramm mit einem Volumen von 2 Bio. US-Dollar in vier Jahren für Klima und Infrastruktur muss finanziert werden.

Deutliche Unterschiede gibt es bei den beiden Präsidentschaftskandidaten auch bei der Wirtschafts- und Industriepolitik. Während die Wirtschaftspolitik von Biden vor allem auf die Arbeitnehmerinteressen ausgerichtet ist, rücken bei Trump die Unternehmensinteressen in den Fokus. Bidens Wahlprogramm sieht eine Erhöhung des föderalen Mindestlohns auf 15 US-Dollar vor. Gleichzeitig soll die Macht der Gewerkschaften gestärkt und die öffentliche Verwaltung besser aufgestellt werden, um die Einhaltung von Arbeits- und Sozialstandards intensiver überwachen zu können. Bei der von Trump verabschiedeten Steuerreform würde der Herausforderer eine halbe Rolle rückwärts vollziehen. Im Jahr 2019 beschränkten die im von Trump verabschiedeten Steuer-senkungs- und Beschäftigungsgesetz von 2017 festgelegten niedrigen Steuersätze des Bundes die Steuereinnahmen trotz Vollbeschäftigung auf 16 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP).

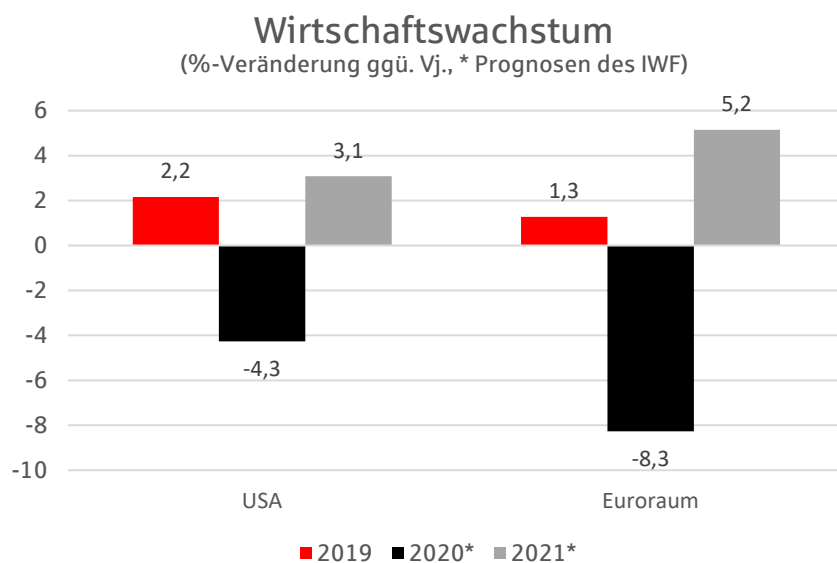
Bidens Steuerpläne sehen hingegen vor, dass die Einnahmen bis zum Ende seiner ersten Amtszeit auf 19 % des BIP steigen. Um dieses Ziel zu erreichen, soll u. a. der Steuersatz für Unternehmen, den Trump zuvor

Bidens Wirtschaftspolitik rückt die Arbeitnehmerinteressen in den Fokus

von 35 % auf 21 % gesenkt hatte, auf 28 % angehoben werden. Gleichzeitig sollen steuermindernde Tatbestände deutlich eingeschränkt werden. Auch der Mindeststeuersatz für ausländische Einkäufe der Auslandsstöchter von US-Unternehmen soll von aktuell 10,5 auf 21 % erhöht werden. Ferner sollen die Einkommensteuersätze von privaten Haushalten mit hohem Einkommen wieder deutlich nach oben geführt werden. Trump hatte den maximalen individuellen Steuersatz auf 37 % gesenkt, Biden beabsichtigt eine Anhebung auf 39,6 %. Darüber hinaus sollen Steuerschlupflöcher geschlossen und internationale Steueroasen bekämpft werden.

Alles in allem deuten sich für die nächsten zehn Jahre Mehreinnahmen von 3 bis 4 Bio. US-Dollar an. Die wirtschaftlichen Folgen der Steuerpläne lassen sich jedoch nur schwer abschätzen, weil Bidens Vorstellungen hinsichtlich der Verwendung des zusätzlichen Geldes noch nicht eindeutig sind. Ein Teil der Zusatzeinnahmen wird mit Sicherheit in das Gesundheitswesen fließen, zur Stärkung des Wirtschaftswachstums sind aber auch umfangreiche Investitionsprogramme geplant und ein Abbau der staatlichen Verschuldung ist nicht erkennbar.

Biden: Unternehmenssteuern, Steuern für Besserverdiener und Staatsaufgaben rauf

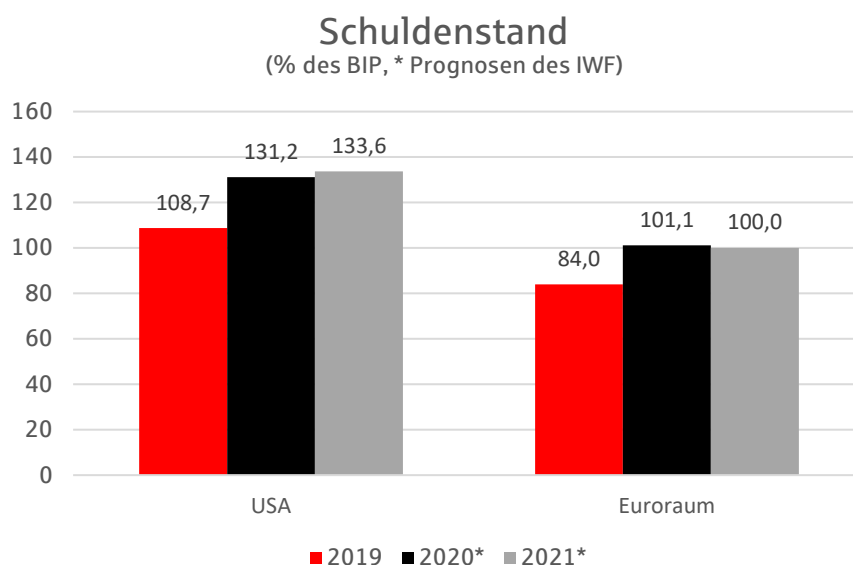


Quelle: Internationaler Währungsfonds (World Economic Outlook, Oktober 2020)

Im Fokus dieser Investitionsprogramme stehen u. a. die Themen Infrastruktur, saubere Energie, kleine sowie mittelständische Unternehmen, Betreuungsangebote usw. Das sogenannte „Build Back Better“ Programm sieht z. B. vor, dass 400 Mrd. US-Dollar in staatliche Aufträge für Infrastrukturprojekte und Beschaffung fließen. Zudem sieht das Programm weitere 300 Mrd. US-Dollar für Investitionen in Forschungs- und Entwicklungsprojekte aus den Bereichen KI, Biotechnologie und Telekommunikation vor.

Die Corona-Krise hat auch in den USA spürbaren Schaden angerichtet, und es wird bis Ende des Jahres mit einem Rückgang der Wirtschaftsleistung i.H.v. 4,3 % im Vergleich zum Vorjahr gerechnet. Das erhöht die Schuldenstandsquote und mit Blick auf die vorgesehenen Ausgabenprogramme beider Kandidaten ist nicht damit zu rechnen, dass nach 2021 die Konsolidierung der Staatsfinanzen in Angriff genommen wird. Im Euroraum sollen dagegen dann wieder finanzpolitische Stabilitätsregeln zur Anwendung kommen.

Bislang ist kaum zu erkennen, dass vermehrte Steuereinnahmen zur Reduzierung der US-Staatsverschuldung genutzt werden sollen, die im Zuge der Corona-Pandemie und der in den ersten vier Präsidentschaftsjahren von Donald Trump üppig ausgefallenen Konjunktur- und Wachstumspolitik deutlich gestiegen sind. 2019 lag die Schuldenstandsquote bei 108,7 % in Relation zum BIP. Die US-Schulden liegen damit in der Nähe des Rekordwertes aus dem Zweiten Weltkrieg. So wird im Nachhall der Corona-Krise erwartet, dass die Staatsschuldenquoten sowohl der USA als auch im Euroraum um 20 % steigen und langfristig auf diesem Niveau verbleiben könnten. Ein weiteres Ansteigen der Schuldenstände in den USA und der Welt erhöhen die Risiken für die Finanzmarktstabilität.



Quelle: Internationaler Währungsfonds (Fiscal Monitor, Oktober 2020)

Der amtierende Präsident Donald Trump will an seinem 2017 eingeleiteten wirtschaftspolitischen Kurs anknüpfen und private Haushalte ebenso wie Unternehmen noch stärker entlasten. Neben Lohnsteuersenkungen plant er, in einer zweiten Amtsperiode vor allem die Unternehmen steuerlich zu entlasten, die neue Stellen schaffen und Arbeitsplätze aus China in die USA reimportieren. Ferner beabsichtigt Trump eine deutliche Reduktion der Kapitalertragsteuer auf realisierte Gewinne bei Wertpapieren und Immobilien. Der entsprechende Steuersatz soll von 23,8 %

*Trump: Steuern runter,
Staatsaufgaben rauf*

auf bis zu 15 % gesenkt werden. Ansonsten sind die steuer- und fiskalpolitischen Vorhaben von Donald Trump in einer möglichen zweiten Amtsperiode eher nebulös. Er hat gerade die Verhandlungen über ein Corona-Hilfspaket bis nach der Präsidentschaftswahl gestoppt und für den Fall eines Wahlsieges ein großes Konjunkturpaket in Aussicht gestellt, „das sich auf hart arbeitende Amerikaner und Kleinunternehmen konzentriert“, so der US-Präsident wörtlich. Kurz darauf gab es seitens der Regierung einen Kompromissvorschlag für neue Corona-Hilfen in Höhe von 1,8 Bio. US-Dollar, welcher von den Demokraten abgelehnt wurde, die im Gegenzug ein Paket von rund 2,2 Bio. US-Dollar vorgelegt haben. Hier zeigen sich erneut die unterschiedlichen Ziele. Donald Trump und die Republikaner wollen unter anderem Immunität für Arbeitgeber für mögliche Corona-Klagen, Demokraten hingegen größere Hilfen für Bundesstaaten und Kommunen. Nach der Zurückweisung der Demokraten wurden von Trumps Administration abgespeckte Soforthilfen vorgeschlagen.

Einzelheiten der steuer- und finanzpolitischen Pläne blieb er allerdings schuldig. Beim republikanischen Parteikonvent Ende August wurde das Parteiprogramm des Wahlkampfs 2016 eins zu eins übernommen. Darin werden recht vage umfangreiche Investitionsprogramme in die Infrastruktur in Aussicht gestellt und eine deutliche Ausweitung des Rüstungsetats avisiert. Darüber hinaus ist der Ausbau sogenannter "Opportunity Zones" in wirtschaftlich angeschlagenen Regionen geplant, in denen Investitionen durch Steueranreize gefördert werden sollen. Im Großen und Ganzen bleibt Trump damit seinem Vorhaben treu, die Besteuerung von Unternehmen auf das Territorialprinzip umzustellen.

Wenig Übereinstimmung gibt es bei den Kandidaten auch in Bezug auf Regulierungsfragen. Für Trump gilt die Deregulierungspolitik als Allheilmittel und er verspricht unnötige, veraltete und sich überschneidende regulatorische Bürden vor allem in den Bereichen Umwelt, Arbeitsschutz und Finanzen zu eliminieren. Im Fokus steht dabei das Versprechen aus der berüchtigten Verordnung 13771: Trump hatte 2017 darin angeordnet, „für jede neue Regulierung mindestens zwei vorherige Regulierungen zur Aufhebung zu identifizieren.“ Die Trump-Administration hat zuletzt mehrfach betont, das Soll sogar übererfüllt zu haben. Nach eigenen Angaben habe die Bundesregierung acht Regulierungen für jede neue bedeutsame Regulierung abgeschafft. Die hauseigenen Zahlen belegen diese Behauptung allerdings nicht. Der Council of Economic Advisers, Teil des Executive Office of the President, der verschiedene Büros im Weißen Haus zu wirtschaftspolitischen Fragen berät, schreibt in seinem Jahresbericht, dass es im Haushaltsjahr 2017 13 bedeutsame deregulatorische Maßnahmen und nur drei regulatorische gegeben (Quote: 4 zu 1) hat. 2018 wurden entsprechend des Jahresberichts 57 deregulatorische und 14 regulatorische Maßnahmen verabschiedet (Quote: 4 zu 1), während 2019 das Verhältnis auf 2 zu 1 zurückgegangen

Trump dürfte Deregulierungskurs fortsetzen, Biden dürfte eine Kehrtwende vollziehen

sei. Im Bericht wird von 61 deregulatorischen gegenüber 35 regulatorischen Maßnahmen berichtet. Ungeachtet dessen hat Trump die Regulierung seit Beginn seiner Amtszeit gebremst. Biden würde, was die Deregulierung betrifft, eine Kehrtwende hinlegen und – wie bereits Barack Obama – auf verschärfte Regulierung setzen. Hier hält er es wie die Demokraten im Allgemeinen mit dem Leitspruch: Mehr ist besser. Demokraten und Biden sprechen sich für einen leistungsfähigen Staat aus und stellen die Funktionsfähigkeit des Marktes in vielen Bereichen in Frage. Strengere Umweltstandards, stärkere regulatorische Eingriffe in den Pharma- und Gesundheitssektor, Eindämmung der Marktmacht von Big Tech-Unternehmen wie z. B. Apple, Alphabet, Amazon, Microsoft und Facebook sowie eine verstärkte Finanzmarktregulierung wären zu erwarten.

Industriepolitisch sind Trump und Biden von der Grundidee zumindest auf den ersten Blick nicht weit auseinander. Der amtierende Präsident richtet getreu seines Mottos „America First“ seine Industriepolitik dahingehend aus, dass die heimischen Unternehmen geschützt und Jobs, die einst ins Ausland abgewandert sind, zurück in die Staaten geholt werden. Bidens Antwort auf Trumps „America First“ lautet „Buy American“. Im Rahmen dieser Strategie spricht sich der designierte demokratische US-Präsidentschaftskandidat dafür aus, dass öffentlich unterstützte Bereiche verstärkt inländische Güter und Dienstleistungen beschaffen sollen. Diese Forderung zielt nicht nur auf öffentliche Beschaffung ab, sondern auch auf die Beschaffung im Rahmen vom Bund geförderter Projekte. Ähnlich wie Trumps Steuerpläne sieht auch Bidens Programm steuerliche Anreize für US-Unternehmen vor, die Wertschöpfungsketten in die Vereinigten Staaten rückzuverlagern. Gleichzeitig sieht das Wahlprogramm der Demokraten vor, dass Unternehmen, die ihre Produktion und Arbeitsplätze ins Ausland verlagern, öffentliche Fördermittel zurückzahlen müssen. Im Kontext der Buy-American-Strategie wird die Verlagerung von Produktionsstandorten ins Ausland strikt abgelehnt und viele Passagen des Programms lassen erkennen, dass der Wettbewerb zu Gunsten heimischer Produzenten und zu Lasten internationaler Konkurrenten eingeschränkt werden soll.

Vor diesem Hintergrund ist davon auszugehen, dass es auch im Falle eines Wahlsiegs des demokratischen Herausforderers nicht zu einem grundlegenden Kurswechsel bei der Handelspolitik kommt. Auch sein Wahlprogramm zeigt deutlich protektionistische Züge. Der Ton dürfte jedoch deutlich weniger konfrontativ sein als unter Trump. Dies sollte auch ganz im Interesse der US-Bürger sein, denn entsprechend einer Gallup-Umfrage aus dem Jahr 2020 sehen beinahe vier von fünf US-Amerikaner den internationalen Handel hauptsächlich als Chance. Weniger als jeder Fünfte betrachtet den Handel als wirtschaftliche Bedrohung, ein Allzeittief. 2008 sahen noch über 50 % der US-Bevölkerung den internationalen Handel als Gefahr für die US-Wirtschaft.

Industriepolitik: Trumps „America First“ vs. Bidens „Buy American“

Ein grundlegender Kurswechsel zeichnet sich unter der Handelspolitik von Biden nicht ab

Bis dato hat der Herausforderer von Trump kein umfassendes Konzept seiner Außenpolitik vorgelegt. In einer Rede in New York im letzten Jahr hat er jedoch seine Leitlinien vorgestellt. In dieser Rede kündigte er an, noch im ersten Jahr seiner Präsidentschaft einen Demokratie-Gipfel einzuberufen, um mit den Staaten der freien Welt ein neues Bündnis zu schmieden. Zudem hat er bei seinen letzten Auftritten mehrfach betont, dass er einen alliierten und multilateralen Ansatz in Bezug auf die Herausforderungen der Außenpolitik wählen würde. Es bestehen demnach gute Chancen, dass die Funktionsfähigkeit zentraler internationaler Institutionen wiederhergestellt wird. Dazu zählt auch die Welthandelsorganisation (WTO), die Trump ein Dorn im Auge ist, weil sie entsprechend seiner Ansicht die US-Exporteure strukturell benachteiligt.

Biden strebt Rückkehr zu multilateralen Ansätzen an

Auch die militärische Handlungsfähigkeit der NATO will Biden auf dem neuesten Stand halten und weitere Kapazitäten schaffen, um neue Bedrohungen wie der Cyber-Kriminalität und der Korruption entgegenzutreten. Ungeachtet dessen dürfte der demokratische Herausforderer im Falle eines Wahlsieges die europäischen NATO-Mitglieder – ähnlich wie Donald Trump – mit Nachdruck daran erinnern, zwei Prozent des BIP für Verteidigung auszugeben. Alles in allem sollte die in Bidens Handelspolitik zum Ausdruck kommende stärkere Bündnistreue und außenpolitische Interessengemeinschaft in Kombination mit der Akzeptanz international anerkannter Regeln die aktuell von Donald Trump geschürte politische Unsicherheit auf globaler Ebene beruhigen.

Bidens Handelspolitik sollte von höherer Bündnistreue zeugen

Ungeachtet dessen dürfte der Handelskonflikt mit China weiter anhalten. Über 60 % der US-Bürger sehen China als Bedrohung für die US-Wirtschaft. Ein signifikanter Unterschied hinsichtlich dieser Einstellung ist bei Wählern der Demokraten und Republikaner nicht zu erkennen. Die beiden Länder haben inkompatible Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme mit unterschiedlichen Interessen, die erhebliches Konfliktpotenzial mit sich bringen. Streitpunkte sind vor allem das US-Handelsdefizit, Währungsmanipulationen, Produktpiraterie, der Diebstahl geistigen Eigentums, Zensur und Menschenrechtsverletzungen. Wie Biden die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit China zukünftig ausgestalten will, hat er nicht weiter ausformuliert, aber es scheint wahrscheinlich, dass er im Zuge einer Rückkehr zu multilateralen Ansätzen die Verbündeten der USA – allen voran die EU und Japan – bei der Durchsetzung internationaler Standards zur Eindämmung Chinas stärker mit einbindet.

Biden bemüht sich um einheitliche Linie in der Auseinandersetzung mit China

Vorstellbar ist zudem, dass Trumps Herausforderer im Fall eines Wahlsieges zumindest einen Teil der Sanktionen gegen China aufhebt, um die chinesische Regierung zu motivieren, mit Washington in anderen Bereichen wie z. B. im Kampf gegen den Klimawandel zu kooperieren. Auch das Streichen eines Teils der Einfuhrzölle auf chinesische Waren hat

Teilweise Aufhebung von Sanktionen und Strafzöllen gegen China scheinen unter Biden möglich

Biden in Aussicht gestellt. Er wies in einer Rede darauf hin, dass sie einer Steuer für US-Verbraucher sowie Unternehmen gleichkämen und sie dafür verantwortlich sind, dass das verarbeitende Gewerbe in eine Rezession geraten ist und die Landwirtschaft Milliarden von Dollar verloren habe, die der Steuerzahler beibringen müsse.

Für die EU enthält der handelspolitische Kurs von Biden Vor- und Nachteile. Der Präsidentschaftskandidat hat angekündigt, den „künstlichen Handelskonflikt“ zwischen den USA und der EU zu beenden. Es ist aber wenig wahrscheinlich, dass damit alle Handelsstreitigkeiten mit der EU vom Tisch sind. Themen wie Zollsätze, Importe von Agrarprodukten, Besteuerung von Unternehmen und die Übernahme von chinesischer Technologie dürften weiter auf der Agenda stehen und zu Auseinandersetzungen führen. Zudem sollte der demokratische Herausforderer ähnlich wie Trump versuchen, im Rahmen seiner Buy-American-Strategie das Handelsdefizit der USA auch zulasten europäischer Unternehmen zu senken. Unter Biden dürfte es jedoch leichter sein, in diesem Kontext einen für beide Seiten akzeptablen Kompromiss zu finden. Der Preis dafür wäre, dass der Demokrat die europäischen Verbündeten bei den Verteidigungsausgaben stärker in die Pflicht nimmt und zu einer aktiveren Haltung bei der Eindämmung Chinas verpflichtet.

In punkto internationaler Handelsabkommen dürfte Biden klar die US-Interessen in den Fokus rücken. Voraussetzung für solche Vereinbarungen wäre, dass die Wettbewerbsfähigkeit der US-Wirtschaft gesichert ist und dass sich die beteiligten Länder klar zu international geltenden Standards hinsichtlich Arbeits- und Menschenrechtsfragen sowie Umweltschutzfragen verpflichten. Dabei dürfte er den von seinem früheren Chef Barack Obama eingeschlagenen Kurs fortsetzen und den Fokus vom transatlantischen auf den asiatisch-pazifischen Raum ausrichten. Es liegt durchaus im Bereich des Möglichen, dass die USA mit Biden als Präsident wieder dem TPP beitreten, wenn Nachbesserungen in Aussicht gestellt werden. Wenig wahrscheinlich ist es, dass Biden versucht, das brachliegende transatlantische Handelsabkommen TTIP voranzutreiben.

Trump wird von seinem aktuellen konfliktreichen handelspolitischen Kurs nicht abweichen und an seiner scharfen Rhetorik festhalten. Der amtierende Präsident hat bereits angekündigt, weitere bestehende Handelsabkommen aufzukündigen und neu zu verhandeln. Auffällig ist, dass die Trump-Administration im Zuge von Handelsabkommen die Partnerländer einzeln adressiert, um die Verhandlungsposition zu verbessern und die amerikanischen Interessen stärker in den Fokus rücken zu können. Um diese durchzusetzen, weicht Trump selbst nicht vor massivem Druck und der Drohung mit Strafzöllen sowie mit dem Abbruch der Gespräche zurück. Unter diesen Umständen ist es nicht auszuschließen, dass die Handelsstreitigkeiten mit China und der EU

Biden will „künstlichen Handelsstreit“ mit der EU beenden

Neue Handelsabkommen unter Biden nur, wenn die Wettbewerbsfähigkeit der US-Wirtschaft gesichert ist

Unter Trump wird die Kritik an China sowie der EU und an internationalen Institutionen nicht abnehmen

unkontrolliert eskalieren und US-Sanktionen bzw. Sanktionsandrohungen ein gängiges Mittel werden. Internationale Institutionen wie die WTO, UNO oder internationale Gerichtshöfe würden unter ihm als Streitschlichtungsinstanzen weiter an Bedeutung verlieren. Auch wenn Trump zuletzt im Bewusstsein der Rivalität des chinesischen und des US-amerikanischen Gesellschaftssystems gegen China vorwiegend unilateral vorgegangen ist, ist nicht auszuschließen, dass er den Druck auf die EU erhöht und ein gemeinsames Vorgehen gegen China einfordert und von den Europäern verlangt, chinesische Technologie durch US-amerikanische zu ersetzen. Unter Trump sinken die Chancen, auf diplomatischem Weg die bestehenden Konflikte beizulegen und Interessensgegensätze auszugleichen.

Ein Fazit auch durch die europäische Brille

Es bleibt festzuhalten, dass die Wahlprogramme von Biden und Trump sowohl positive als auch negative Aspekte für die Wirtschaft auf nationaler als auch internationaler Ebene enthalten. Aus dem Wahlprogramm von Biden schlägt die vorausschauende Ausrichtung der Wirtschaftspolitik auf zukünftige ökologische und soziale Standards gerade im Kontext einer Generationengerechtigkeit positiv zu Buche. Diese Ausrichtung deckt sich zudem mit dem Nachhaltigkeitsgedanken der EU, der eine durchgängige Berücksichtigung der Nachhaltigkeitsziele in allen EU-Strategien und -Initiativen und eine Orientierung an nachhaltiger Entwicklung als wesentlichen Leitgrundsatz für alle Politikbereiche der EU vorsieht. Positiv hervorzuheben ist zudem die zu erwartende Normalisierung der transatlantischen Beziehungen, die Rückkehr zu multilateralen Ansätzen im Rahmen der internationalen Handelspolitik und die Akzeptanz international anerkannter Regeln. Dies dürfte eine wesentliche Quelle der Unsicherheit für Unternehmen beruhigen und die damit einhergehenden negativen Auswirkungen auf Wirtschaftsaktivität, Handel und vor allem Investitionen reduzieren. Die damit verbundene höhere Verlässlichkeit und Rechtssicherheit für ausländische Unternehmen könnte ausländische Direktinvestitionen und Portfolioinvestitionen in den USA attraktiver machen. Auch exportabhängigen EU-Ländern wie Deutschland würde dies zuspieren, da sich die während der Trump-Administration höchst unsicheren wirtschaftlichen Rahmenbedingungen aufhellen würden. Zudem ist zu erwarten, dass Biden eine bessere Balance zwischen Konfrontation und Kooperation bei globalen Fragen finden würde. Biden hat immer wieder betont, dass er eine partnerschaftliche Zusammenarbeit bei globalen Fragen und Konfliktfeldern wie z. B. Klimawandel, Produktpiraterie, Diebstahl geistigen Eigentums, Dumping, Spionage und Menschenrechtsverletzungen anstrebt. Letztlich wäre es so möglich, dass auch europäische Interessen in diesem Kontext eine stärkere Berücksichtigung fänden und eine Eskalation von Handelskonflikten zu verhindern wäre, wohlwissend, dass auch unter Biden eine Rückkehr zu einer freien Handelspolitik nicht zu erwarten ist.

Bidens Pluspunkte

Bidens Minuspunkte

Diesen positiven Aspekten stehen jedoch einige negative Erwartungen gegenüber. Das Vorantreiben der staatlichen Umverteilung in Form von Steuererhöhungen und steigende Sozialabgaben stellt in Kombination mit dem an Komplexität gewinnenden Steuersystem und stärkeren staatlichen Eingriffen (Stichwort Regulierung und Ausbau von Obamacare) in das Wirtschaftsleben eine Belastung für den Unternehmenssektor dar. Die damit einhergehenden höheren Steuerbelastungen und steigenden Kosten dürften zumindest teilweise an die Kunden und/oder Mitarbeiter weitergegeben werden, was sich negativ auf den Konsum auswirken könnte. Hinzu kommt, dass auch Biden einen Hang zum Protektionismus hat, sodass auch unter ihm die Potenziale des internationalen Handels nicht voll nutzbar sind. Es ist nicht gänzlich auszuschließen, dass die US-Wirtschaft im Zuge dieses wirtschaftspolitischen Kurses an Dynamik verliert. Dieser entscheidet jedoch zumindest mittelbar über die Höhe der EU-Exporte in die USA auch über die Wirtschaftsentwicklung hierzulande. Die USA sind bei Weitem wichtigstes Zielland für Warenausfuhren aus der EU.

Im Wahlprogramm von Trump schlägt die in Aussicht gestellte expansive Fiskal- und Steuerpolitik positiv zu Buche. Sie dürfte zumindest kurzfristig für einen Wachstumsimpuls sorgen, von dem auch Europa über steigende Exporte in die USA profitieren könnte. Die von Trump in Aussicht gestellten Steuersenkungen könnten sich hingegen als nachteilig für die EU erweisen, da sie die Wettbewerbsposition der US-Unternehmen im internationalen Standortwettbewerb stärken. Schon die erste Steuerreform von Trump erwies sich für die deutschen Unternehmen als Standortnachteil. Erschwerend kommt hinzu, dass nicht nur die USA, sondern auch andere G7-Staaten die Steuern gesenkt haben. Deutschland liegt mit seinen Steuersätzen auf Unternehmensgewinne mittlerweile weit über dem EU-Schnitt. Weitere Steuersenkungen in den USA würden bedeuten, dass Deutschland im internationalen Steuerwettbewerb noch weiter zurückfällt und der Handlungsbedarf in Richtung einer Steuerreform in Deutschland steigt. In diesem Kontext wäre es zu begrüßen, wenn Biden die Steuersenkungen von Trump wieder rückgängig machen würde, da sich dadurch die preisliche Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands verbessern würde. Auch das sowohl von Biden als auch von Trump angestrebte Schließen von Steuerschlupflöchern würde die Wettbewerbsbedingungen europäischer Unternehmen verbessern.

Ob sich der zu erwartende Wachstumsimpuls in Folge der trumpschen Wirtschafts- und Industriepolitik als Strohfeuer entpuppt, bleibt abzuwarten. Abgesehen davon, dass sein wirtschaftspolitischer Kurs mit einem starken Anstieg der Staatsverschuldung einhergeht, der zukünftige Generationen belastet, hat die Wirtschafts- und Industriepolitik von Donald Trump in den vergangenen Jahren die Strukturschwächen der US-Wirtschaft in vielen Branchen und Regionen manifestiert. Auch dies dürfte die Potenziale zukünftiger Generationen negativ beeinflussen.

Trumps Pluspunkte

Trumps Minuspunkte

Trump ist ein prototypischer Vertreter des „Old Business“. Er schützt und verteilt Mittel auf tendenziell strukturschwache Sektoren und Regionen. Davon profitierten zwar einzelne Interessensgruppen, gesamtwirtschaftlich leiden auf Dauer jedoch Wachstum, Innovationskraft und Wohlfahrt, da der von Schumpeter so bildlich beschriebene Prozess der schöpferischen Zerstörung erlahmt. Negativ auf die Wirtschaft dürften sich auch der protektionistische, konfliktintensive, aggressive handelspolitische Kurs auswirken. Verstärkt wird die damit einhergehende Unsicherheit durch den von ihm vorangetriebenen Bedeutungsverlust internationaler Streitschlichtungsinstanzen und die Infragestellung der transatlantischen Kooperation. Es droht eine eher unkontrollierte Eskalation der Handelsstreitigkeiten mit China und der EU. Zudem dürfte er den Druck auf die EU erhöhen, mit ihm gemeinsam „Front“ gegen China zu machen. Die Infragestellung des Klimawandels und die fehlende Bereitschaft, die US-Wirtschaft auf eine nachhaltige Entwicklung auszurichten, übersieht die Bedeutung eines generationenübergreifenden Werterhalts. Wachstum und Wohlstand schließen Nachhaltigkeit nicht aus, sondern ganz im Gegenteil, sie bedingen sich.

Insgesamt bleiben die weitere wirtschaftliche und politische Entwicklung der Vereinigten Staaten von Amerika für die Finanzmärkte und die Stabilität in der Welt entscheidend. Zentral wird es dabei sein, nach der US-Wahl eine glaubwürdige Wirtschaftspolitik mit Maßnahmen zur Überwindung der Corona-Krise zu kombinieren, die Tragfähigkeit der öffentlichen Verschuldung im Auge zu behalten und eine offene Gesellschaft zu organisieren, die internationale Vereinbarungen respektiert und nach multilateralen Lösungen für globale Probleme sucht.

*Überschuldung bleibt Risiko für
Finanzmarktstabilität*

Einige wesentliche Quellen:

Bardt, H./Kolex, G. (2020): Viden versus Trum – Positionen in der Handels-, Wirtschafts- und Klimapolitik, IW-Policy Paper, 16/29, https://www.iwkoeln.de/fileadmin/user_upload/Studien/policy_papers/PDF/2020/IW-Policy-Paper_2020_Biden_vs_Trump.pdf.

Bräutigam, R. u. a. (2018): Internationaler Steuerwettbewerb – Bewertung, aktuelle Trends und steuerpolitische Schlussfolgerungen, https://www.familienunternehmen.de/media/public/pdf/publikationen-studien/studien/Internationaler-Steuerwettbewerb_Studie_Stiftung-Familienunternehmen.pdf.

De Thier, P. (2020): Multilateralismus oder Abschottung, Börsen-Zeitung, 02.10.2020, S. 7.

De Thier, P. (2020): Die Wirtschaftskonzepte sind wahlentscheidend, Börsen-Zeitung, 09.10.20.2020, S. 7.

Deka (2020): Die Kapitalmärkte vor der US-Präsidentschaftswahl, Kapitalmarktrends August 2020, https://www.deka.de/site/dekade_deka-gruppe_site/get/documents/dekade/Publikationen/2020/Volkswirtschaft/Spezial/US-Wahl_2020_08.pdf.

Helaba (2020): “Sleepy Joe” oder vier weitere Jahre Trump?, USA Aktuell, <https://www.helaba.de/blueprint/servlet/resource/blob/docs/529348/662a3d574d53f7177ab4c53d128fd56b/usa-aktuell-20200626-data.pdf>.

LBBW (2020): Zur US-Wahl am 3. November 2020, LBBW Macro Research, https://www.lbbw.de/konzern/research/2020/blickpunkte/20200929_lbbw_research_zur_us_wahl_2020_abww3hef3u_m.pdf.

Saad, L. (2020): Americans’ Vanishing Fear of Foreign Trade, <https://news.gallup.com/poll/286730/americans-vanishing-fear-foreign-trade.aspx>.

Disclaimer

Das vorliegende Positionspapier der Chefvolkswirte entspricht nicht notwendigerweise der Haltung der DekaBank oder der Haltung der jeweiligen Landesbanken und Sparkassen.

Impressum

Herausgeber

Deutscher Sparkassen- und Giroverband
Abteilung Volkswirtschaft, Finanzmärkte
und Wirtschaftspolitik
Charlottenstraße 47 10117 Berlin
Telefon: 030 20225-5303
DSGV-Volkswirtschaft@DSGV.de
www.DSGV.de

Redaktionsschluss dieser Ausgabe

26.10.2020

Gestaltung

Franz Metz, Berlin

Bildnachweis

pixabay/Beeki

Verantwortlich

Pia Jankowski – DSGV
Direktorin
Leitung Volkswirtschaft, Finanzmärkte
und Wirtschaftspolitik
Pia.Jankowski@DSGV.DE

Dr. Reinhold Rickes – DSGV
Abteilungsleiter
Leitung Volkswirtschaft
Reinhold.Rickes@DSGV.DE

Hinweis

Alle Publikationen dieser Reihe finden Sie unter
<https://www.dsgv.de/positionen.html#standpunkte>

ISSN
2509-3851